



AfD-Ratsgruppe im Rat der Stadt Münster

Gewalt und Übergriffen gegen Kommunalpolitiker und öffentliche Bedienstete konsequent verfolgen

AfD-Ratsgruppe
im Rat der Stadt Münster

Leostr. 16-B

48153 Münster
Tel. (0251) 60688623
martin.schiller@afd-muenster.de

Antrag an den Rat der Stadt Münster zur sofortigen Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung legt dem Rat ein Konzept zum Schutz von Kommunalpolitikern und öffentlich Bedienstete vor. Für das Jobcenter und die Agentur für Arbeit greift sie hierfür auf die Dokumentation „Mit offenen Augen – Überlegungen zur Gewaltprävention“ und das „Aachender Modell zur Reduzierung von Bedrohungen und Übergriffen am Arbeitsplatz“ zurück.
2. Der Rat stellt fest, dass Kommunalpolitiker aller Parteien im verstärkten Maße von politisch motivierten Übergriffen und Straftaten betroffen sind. Der Rat der Stadt Münster verurteilt diese Übergriffe ausdrücklich. Politisch motivierte Straftaten müssen in Zukunft konsequent verfolgt und geahndet werden. Die Demokratie darf nicht durch politisch motivierte Gewalt beschädigt werden.
3. Die Stadtverwaltung erstellt eine Statistik in der Gewalt und Bedrohungen gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst statistisch erfasst werden. Sie berichtet dem Rat einmal im Jahr durch einen Bericht über das Ausmaß der Gewalt gegen Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung.

Begründung:

Das politische Klima in Deutschland ist durchzunehmende gesellschaftliche Polarisierung gekennzeichnet. Gesellschaftliche Debatten werden mit einer zunehmenden Härte geführt. Immer öfter kommt es daher zu gewaltsamen Übergriffen gegen Menschen mit einer anderen politischen Meinung.

Dies gilt zum einen für die Mitglieder des Rates der Stadt Münster. Aber auch Mitarbeiter der Stadt Münster beim Ordnungsamt und im Vollzugsaußendienst sind zunehmend mit Gewalt bei der Ausübung ihrer Tätigkeit konfrontiert.

Die Gewalt gegenüber Kommunalpolitiker und Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies gefährdet unsere Demokratie grundlegend.

Dort wo Gewalt und Drohungen gegen Politiker das letzte Wort haben, gibt es keine Auseinandersetzung mehr in der Sache. Gibt es keinen Dialog und keinen Kampf um das bessere Argument mehr. Die Gewalt gegen Kommunalpolitiker und Bedienstete der öffentlichen Verwaltung ist daher zu einer Gefahr für die Demokratie geworden.

Daher ist es erforderlich, dass der Rat hier ein deutliches Zeichen setzt. Und die Gewalt gegen Kommunalpolitiker eindeutig verurteilt. Und die Stadtverwaltung als Arbeitgeber ihrer Pflicht als Arbeitgeber gerecht wird. Und die besonders von Gewalt betroffenen Bediensteten in sensiblen Bereichen wie Jobcenter, Ordnungsdienst und Vollzugsdienst schützt. Und hierfür ein Schutzkonzept erarbeitet.

Gewalt gegen Kommunalpolitiker und beschäftigte im öffentlichen Dienst dar nicht nur ein durch Medienberichte vermitteltes Phänomen sein. Es muss auch statistisch erfasst werden. Damit Ausmass, Quantität und Qualität erfasst werden und hierauf aufbauend dann wirksame Gegenstrategien entworfen werden können.

gez.

Martin Schiller
Richard Mol